

# Schweiz Ablenkungszauber

Die in der National-Zeitung mitgeteilten Kommentare der deutschen Presse zum Entwurf des Schweizerischen Ordnungsgesetzes zeigen Genugtuung und Freude darüber, daß nun auch die Schweiz in die von Adolf Hitler geforderte „antifaschistische Weltfront“ eingeschwenkt sei. Begreifliche Freude! Denn erstens soll, das sei auch hier wieder betont, die von Berlin aus verbreitete Parole „Bolschewistische Weltgefahr“ von einer viel näheren und größeren Gefahr ablenken. Die notwendige Problemstellung soll, zweitens, von Grund aus verwirrt und unmöglich gemacht werden: Den Vätern bliebe dann nur die Wahl übrig zwischen Nationalsozialismus und Faschismus, Prinzipien der Ordnung, und dem Kommunismus, Prinzip der Anarchie. Drittens aber soll das Schlagwort die liberale Demokratie, die vom Nationalsozialismus nichts wissen will und vom Faschismus nichts, als Schrittmaden, heimliche Verbündete, ja bloße andere Form des Bolschewismus unheilbar kompromittieren. In seinem vortrefflichen Schlusswort zum kantonalen Parteitag der Zürcher Freisinnigen warnte Nationalrat Gut „unser kleines Land, das keine Machtpolitik treiben kann und keiner Blochbildung sich verschreiben darf“, vor solcher Verwischung und billigen Vereinfachung, und zitierte zum abschreckenden Beispiel die Sage eines der Hitlerpropaganda Hörigen, in Zürich gedruckten Blättchens: „Jeder, der auf halbem Wege stehen bleibt, jeder, der in die aufgeregte Schwärmerei für die Demokratie, die Freiheit, die Toleranz und die Humanität einstimmt, ist ein Schrittmacher des Bolschewismus.“

„Der Bolschewismus und wir“, so heißt die Umfrage in der neuesten Nummer der Luzerner „Entscheidung“, des Organs der jungen Katholiken der Schweiz, einer demokratischen Wochenzeitschrift, die man um ihrer Haltung, ihrer Konsequenz, ihres Mutes willen nur beneiden kann. In der vorigen Nummer schon hatte die Redaktion auf eine Frage aus dem Leserkreis geantwortet: die russische Staatspolizei sei in der Schweiz bisher noch nicht gefoltert worden, wohl aber die geheime deutsche. „Daß die Bekämpfung der letzteren mit einigem Risiko verbunden ist und etwas Mut erfordert, geben wir gerne zu. Aber wenn Sie meinen, daß bei uns bloß die Bekämpfung eines weit entfernten und daher nicht weiter groß zu fürchtenden Gegners populär werden könnte, so irren Sie sich vielleicht doch ein wenig. Denn die Biertischpolitiker, die unser Land am liebsten nur gegen die Russen, von denen uns die Deutschen und Polen trennen, verteidigen möchten, sind schließlich trotz ihres großen Vermögens noch lange nicht die Schweizer, bevor ihren Nachbarn auf der Hut sind.“ Die Luzerner „Entscheidung“ forderte dann, wie gesagt, „einige Männer, die durch ihr Ansehen und ihren Einfluß in der schweizerischen Öffentlichkeit eine führende Rolle spielen, auf sich über Wesen, Gefahr und Bekämpfung des Kommunismus grundsätzlich zu äußern.“ Die eingegangenen Antworten sind freilich nicht ganz neu. „Herabwürdigung des einzelnen zum bloßen Bestandteil einer seelenlosen Organisation und dadurch die Erdrosselung der freien Persönlichkeit... über Materialismus... der Weg, auf dem das erstrebte Ziel erreicht werden soll, ist der Bürgerkrieg... das beste Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus scheint uns, daß man den Kommunismus so darstellt wie er ist.“ So heißt es in der klaren Definition durch Regierungsrat Dr. Ludwig (Basel).

Der Genfer Staatsrat Picot zeigt am liebsten beendigten Genfer Beispiel die kommunistische Politik auf, die sich bemüht, „einen angeblich unterdrückten Teil des Volkes gegen den andern angeblich bedrückenden aufzuwiegen“. Alle Ursachen der Unzufriedenheit werden ausgenutzt, alle Stände übertrieben, jeder gute Wille wird verkehrt. Ein tiefer Graben wird gegraben und im Kantone herum eine nicht einzuatmende Luft der Zwietracht und des Hasses verbreitet. Und die Bekämpfung?

„Eine nationale Politik, die keine Klassenpolitik ist, sondern eine weisheitsvolle Politik der Interessen der Allgemeinheit. Die nationalen Kräfte sollen diejenigen unter ihnen, die nur die materiellen Interessen ihres Klüngels und ihrer Gruppe verfolgen, an den Pranger stellen und dafür sorgen, daß sich das Land für das große Gemeinschaftliche einsetze.“

Das Bekenntnis des hervorragenden Genfers sei festgehalten. Die formalen Freiheitsrechte genügen dem Volke nicht mehr. Es fordert vor allem mehr soziale Freiheit. Es lehnt sich dagegen auf, daß nach Franklin Roosevelts eigenen Worten in seiner letzten Senatsrede, auch in der Schweiz „eine kleine Gruppe von Menschen durch ihre Kontrollstellung

über anderer Leute Gut und Geld, über der Mitmenschen Arbeitskraft und sogar über deren Leben verfügen“. Nach Prof. Gonzague de Reynold nimmt sich der Kommunismus vor, die Schweiz vorwärts zu fremder Intervention auszuweisen das Ereignis könnte nämlich viel schneller eintreten, als wir dächten. Als Gegenmittel empfiehlt auch Prof. de Reynold eine anständiger Wirtschaft und eine „Erneuerung des nationalen Geistes in christlichem Sinn“. Dasselbe fordert Ständerat Dr. Jost (Luzern), nachdem er festgestellt, der Kommunismus sei „eine Existenzgefährdung für unser schweizerisches Staatswesen“. Kampf gegen „die Vermaterialisierung des öffentlichen und privaten Lebens, gegen jede Ausartung der individualistischen Wirtschaftstätigkeit, die sozialen Aufgaben sind in gerechter und weitherziger Berücksichtigung der Lage der Schwächeren durchzuführen“.

Ausgezeichnet gesagt; aber wie wird sonst auch hier, nach den Worten eines Berner Kollegen, „mit Kanonen auf Spagat geschossen“! Als ob wir nicht viel dringendere Sorgen hätten als das völlig verschüttete Kommunistenhäuflein, als ob uns nicht viel nähere Gefahren drohten, als ob drüben am Grenzgehörn das Moskauer Reich begänne... Wir freuen uns, unsere eigene feste Leberzeugung von der Arbeitsgemeinschaft junger Katholiken so

## Der Tag der Verteidigung

### Dr. Curti über Gustloffs Rolle in der Schweiz

Von unserem nach Chur entsandten F. H. Sonderkorrespondenten



Blick in den Gerichtssaal während der Verhandlungen  
Die Aufnahme erfolgte von der Tribüne aus. Links der Angeklagte Frankfurter (X). In der Bildmitte das Bündner Kantonsgericht, auf erhöhtem Sessel dessen Präsident Dr. Ganzoni. An einem Tisch vor dem Gerichtstisch, die drei Detektive, die ständig den Saal zu überwachen haben.

F. H. Chur, 11. Dezember. (Privattelegr.)

Der Tag der Verteidigung, der dritte Projekttag, ist angebrochen. Nachdem man gestern die klare und scharfe Anklage von Dr. Brügger gehört hat, wird der Verteidiger Frankfurters keinen leichten Stand haben.

Die Spannung hat noch in keiner Beziehung nachgelassen. Die Beobachtung Churs selbst verhält sich vorbildlich korrekt und distanziert, nur ein kleines Trüpplein Neugieriger belagert, von einem zahlreichen Polizeiaufgebot in respektvoller Distanz gehalten, das Gerichtsgebäude.

#### Die ausländischen Journalisten

Der Saal selber bietet das Bild eines internationalen Kongresses. Zu meiner Rechten beispielsweise sitzt, neben aus Spanien eingetroffenen, der Berichterstatter eines New Yorker Blattes; mein Nachbar, ein Buschhaber, bedient italienische und schwedische Zeitungen. Aus Frankreich, England, der Tschechoslowakei sind die Journalisten nach Chur geeilt, der Balkan, Ungarn und andere Länder sind gut vertreten. Als Mitarbeiter einer amerikanischen Zeitung hat sich Emil Ludwig angemeldet. Sein Gegenüber, Diemer, Beamter im deutschen Propagandaministerium, sitzt im deutschen Sektor

klar und mutig geteilt zu sehen und können uns nicht verlagern, einige schlagende Argumente der „Entscheidung“ gegen den „Ablenkungszauber“ mit der Kommunistenbege hier wiederzugeben, denn „während es in der ganzen übrigen Welt, von den kommunistischen und faschistischen Diktaturstaaten abgesehen, klar ist, daß nur die entschlossene Ablehnung jeder der einander feindlichen politisch-weltanschaulichen Mächtegruppierungen die allgemeine europäische Katastrophe verhindern kann, tut man bei uns so, als wäre die Entdeckung des Kommunismus als des Weltfeindes Nr. 1 eine spezifische Aufgabe der Schweiz. Statt die paar kommunistischen Hehappösel aus ihren Mäuselöchern (und die nationalsozialistisch-faschistischen aus ihren Klüffeln dazu) herauszuholen und sich dann wichtigeren Aufgaben — nämlich denen der Sammlung unseres Volkes zur Verteidigung seiner Existenz und Freiheit — zuzuwenden, übt man das Volk im Fäufteballen gegen die weit entfernten Sowjets und lenkt es von den wirklichen Gefahren ab. Was wir heute am aller nötigsten brauchen in der Schweiz und beim Schweizer, das ist der Mut gegenüber der drohenden, gegenüber der vor der Tür stehenden Gefahr. Wir brauchen einen Selbstbehauptungswillen, der nationalen — nicht feindbürgerlichen — Charakter hat und der die Auseinandersetzung mit realen und uns gefährlichen Kräften der bloßen Spiegelfechterei mit an die Wand gemalten Gegnern vorzieht.“

Es sei denn, die Jagd auf die Kommunisten sei nur Anfang und erster Teil gegen die Feinde unseres Staates und unserer Unabhängigkeit überhaupt! Gleiches Recht und mindestens gleiche Rücksichtslosigkeit nach beiden Seiten!

den, die eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus erwarten. Die Verteidigung wird das Gebiet der Politik nicht betreten, sondern versuchen, die Motive psychologischer Art verständlich zu machen. Nach kurzen, eindrucksvollen Darlegungen über den Geist, in dem die Verteidigung geführt werden soll, würdigt Frankfurters Anwalt die

#### Stellung Gustloffs in der Schweiz.

Bei aller Anerkennung der persönlichen Integrität des Getöteten muß man betonen, daß Gustloffs Wirken in der Schweiz untragbar geworden war. Gustloffs Tätigkeit war anfangs völlig legal, doch später sah man ein, daß die Legalität nur eine scheinbare war und er in die Souveränität unseres Landes eingegriffen hat. Er hat die Deutschen organisiert, und sie wußten genau, welchen Nachteilen sie sich aussetzten, wenn sie seinen Einladungen nicht Folge leisteten. In Davos hat er sich

#### zu einem kleinen Diktator

entwickelt. Gustloff war mit Beamten und Behördenvertretern befreundet. Dies ist deshalb bedenklich, weil das Parteiprogramm den Zusammenschluß aller Deutschen zu Großdeutschland fordert. Für dieses Programm hat sich der Landesgruppenleiter eingesetzt. Vom schweizerischen Standpunkt aus war dies untragbar.

Ich erinnere daran, fährt der Verteidiger fort,

wie die deutschen Studenten in unserem Lande beeinflusst

wurden. Wir haben auf vier Millionen Einwohner 137,000 Reichsdeutsche, die auf das Programm „Anschluß an Deutschland“ eingegerichtet werden sollten. Aufsehen hatte es erregt, als Gustloff in feierlichem Akt

#### Vereinigungen von Deutschen

in der Schweiz durchführte. Tatsachen häuft der Verteidiger auf, verliest Dokumente, Briefe und Artikel, die die Tätigkeit Gustloffs in der Schweiz charakterisieren. Die Auseinandersetzung zwischen der St. Galler Regierung und Gustloff, die Konfrontation der reichsdeutschen Professoren an Schweizer Universitäten, die Interpellation Thalmanns im Ständerat und Canovas im Nationalrat gelangen zur Darlegung. Heute hat man in Bern die Leberzeugung, „daß Gustloff in Davos die Rolle eines deutschen Gesandten Nr. 2 ausübte.“

#### Die Weltorganisation der N. S. D. A. P.

wird in ihrem Aufbau und ihrer Tätigkeit von Dr. Curti eingehend gewürdigt. Die N. S. D. A. P. hat die Welt in Gänge gegliedert; die Leitung befindet sich in Berlin. Die offizielle Verbindung zwischen der Leitung in Berlin und den Landesgruppen, Ortsgruppen und Stützpunkten im Ausland wird seit 1934 durch Mitteilungsblätter aufrecht erhalten. Diese wenden sich auch an die schweizerischen Landes-



Die Witwe Gustloffs,

ganz in Schwarz gekleidet, beim Verlassen des Gerichtsgebäudes in Chur nach der gestrigen Einvernahme.

des Saales, in dem man übrigens auch den früheren Bundesstenographen Mittelmann erblickt.

Die einheitliche Stellungnahme der deutschen Blätter wird begreiflich, wenn man ihre Berichterstatter an der Arbeit sieht. Bei gewissen Boten, deren Inhalt ihnen wohl schon vom voraus bekannt war, ruhen sämtliche Federn. Anscheinend genießen die deutschen Berichterstatter auch gemeinsame Instruktionenstunden, ihre Mahlszeiten nehmen sie für sich abgeschlossen ein. Sie scheinen übrigens gründliche Vorbereitungen für die Gerichtsschlacht getroffen zu haben. Vor Prozeßbeginn konnte man sechs Mann sehen, die sich mit dem

Transport eines mächtigen Tresors die Treppen zum Hotel hinauf abmühten, wo die Deutschen den ganzen ersten Stock gemietet haben. Eine stattliche Sammlung soll hinter den Stahlwänden des Schrankes ruhen. Schweizer und deutsche Detektive überwachen Gerichtssaal und Hotel und tragen damit wesentlich zur Erhöhung der Gemüchlichkeit bei.

#### Dr. Eugen Curti hat das Wort

Als ein Mann, der fast ein halbes Jahrhundert als Diener des Rechtes gehandelt hat, muß er, so leitet Dr. Curti sein Plädoyer ein, alle jene enttäuschung an die tatsächlichen Verhältnisse, aufrecht zu erhalten.

Universität Lausanne. Am Donnerstag fand in der Aula des Palais de Rumine die jedes zweite Jahr wiederkehrende Zeremonie der Einsetzung des neuen Rektors der Universität statt. Gleichzeitig wurden sechs neue ordentliche Professoren vorgestellt. Der Vortrager des Unterrichtsdepartementes, Paul Berret, der den Vorsitz innehatte, stellte den neuen Rektor, Emil G. Solab, vor. Der scheidende Rektor, Dr. Albert Barraud, schilderte die Hochschulleistungen während seiner Rektoratszeit.

#### Theaterrundschau

Ein Märchenstück in Zürich. Gegenwärtig fährt das von Friedrich Mart geleitete „Theater der Kleinen“ auf verschiedenen zürcherischen Bühnen das im Jahr 1922 geschriebene Märchenstück „Doktor Schlammfäule“ von Traugott Vogel auf. Es erzählt die Abenteuer eines gelehrten Bauern, der ins Land der Skrofide reist und, zurückgekehrt, zu seinem Schrecken sieht, daß sein Tochterkind um seinen Zentimeter gewachsen ist. Die Zuhörer wissen warum: der böse Zauberer, der den Menschen ihr Leben stiehlt, damit er selber uralte wird, hat Rückwärtigkeit herbeigeführt, die beagte Wirkung haben. Schließliche heitert sich aber die Tragödiendie vor dem Falle des Vorhangs noch rechtzeitig auf. Das lustig fantasierende Werklein, dem Vogel in späteren Jahren noch eigenwilligere Folgen folgten, wird von sieben Schülern und Schülerinnen im Alter von dreizehn bis siebzehn Jahren gespielt. Vortrefflich sind die zwei phantastisch-bunten, unwirklichen Bühnenbilder von Leo Leuppi.

— Schweizerische Erstaufführung in Luzern. Einen auf die vorwöchentliche Zeit abgestimmten, gehaltenen Abend hat das Stadttheater Luzern am 9. Dezember gegeben. Es hat zuerst „Das Apostelstück“ von Max Reil, diese volkstümlich wichtige Apotheose kindlicher Gläubigkeit, unter der Spielleitung des Dramaturgen Paul Schill, in gedämpfter Aufführung gegeben und nachher, zum ersten Male in der Schweiz, den amerikanischen Einakter „Mon signore“ große Stunde“ von Emme Lavender, dem Verfasser des erfolgreichen Jesuitenstückes „Die erste Legion“, in deutscher Bearbeitung von Friedrich Schreyvogel,

auf die Bühne gebracht. In diesem Einakter, der weniger auf Handlung, als auf Diskussion beruht, trägt ein amerikanischer Landgeistlicher seine kindliche Gläubigkeit in die Räume des Vatikan, und trifft vor einem Gemälde, das den christlichen Frieden, die Schlüsselübergabe an Petrus, zum Inhalt hat, mit dem vortrefflich unerwarteten Papst zusammen. Ihm, in dem er einen Kardinal vermutet, trägt er die glühende Friedenssehnsucht des „Keinen Mannes“ vor, der vom kirchlichen Oberhaupt einen bindenden Entscheid, ein Verbot des Waffensbürens, nicht diplomatische Rücksichtnahme erwarte. Der Papst, der die Verbindungen des politischen Lebens besser kennt als der einfache Monsignore, führt die Gründe an, die der Kurie Zurückhaltung dringend nahelegen, er läßt sich aber von der rührenden Glaubensfestigkeit des amerikanischen Geistlichen unbestimmen und will, „10 oder 15 Jahre nach unserer Gegenwart“, dem Konfessionarium eine Enzyklika kategorischen Friedensgebühres vorlegen. „Mon signore große Stunde“ ist eindeutig, einheitlicher als „Die erste Legion“, weist aber nicht dieselbe dramatisch-theatralische Anfertigung auf; Ueber-raschungseffekte und das Reuige des Stoffes vermögen über die dramatische Schwäche des Einakters, dessen Wert vor allem in der Gefinnung liegt, nicht hinwegzuführen. Direktor Falkenhäuser hat der Aufführung hohe geistige Spannung und Verbaltenheit zuteil werden lassen.

#### Literarische Notizen

Salberin-Raminski †. Der bekannte russisch-französische Uebersetzer und Literaturredakteur Iha Salberin-Raminski ist am 6. Dezember im Alter von 78 Jahren in Paris gestorben. Er hat die Werte mehrerer russischer Klassiker (Puschkin, Gogol, Turgenjew, Nekrasow, Dostojewski, Tolstoi) ins Französische überetzt und wurde dafür von der französischen Regierung mit hohen Orden ausgezeichnet. Besonders wertvoll sind seine Tolstoi-Uebersetzungen, die von Tolstoi selbst gelobt wurden.

#### Kleine Chronik

Eine Gottheil-Wüste in Bern. Der Gemeinderat bewilligte einen Kredit für die Auffüllung einer Porträtbüste von Jeremias Gottheil auf einer neu zu errichtendeninsel im östlichen Teil des Hofgartens. Die Büste wurde von Bildhauer Suggler geschaffen.

derpflege und Familienrat“ (Walter Leopoldin Verlag, Weitingen) schlägt ab und zu einen etwas zu süßlichen Ton an. Aber alles, was das Buch bringt, ist volkstümlich, klar, abseht, ist geeignet, jeder Frau Begleiter, Erklärer und Förderer zu sein auf dem Gebiet der Kinderpflege und Erziehung.

Der Schweizerische Tierbuchkalender, von Martha Ringler, Basel, gut betreut, wird diesmal mit Umschlag und Zeichnungen von Hedwig Thoma für seine sympathischen Ziele.

Auch der Schweizer Jugendkalender (herausgegeben von Fr. Fr. Kellers, Wald, Zürich) unter der Mitarbeit von Ida Frohnmeyer, Ernst Walzli u. a. ist ein freundliches Jahrbüchlein für Mädchen und Jungen. (Evangelische Buchhandlung Joliffon.)

Der Schweizer Eulenspiegel-Kalender (Verlag Ringier, Zofingen) erzählt von einer Auflage von 90,000 Exemplaren. Nun ja, die Welt hat alle Urtage, gern zu lachen! Ein Wig! foltter! im „Eulenspiegel“ über den andern; farbige Wädhchen illustrieren sie; keine Humoresken (u. a. von Stebler) und Verse sind dazwischen gestreut! Ob man will oder nicht, die „Stumpfsinnretorte“ (so heißt eine Erzählung) fupeln das Zwerchfell!

Der Jaggele Kalender (Jean Frey, Zürich) bleibt seinem etwas altzu riesenhaften Format treu. Der Raum für Haushaltsnotizen mag die Form bestimmen — die danebenstehenden Gedankenplättchen und Wädhchen sind nicht überwältigend geistreich! Dafür gibt es, neben viel unterhaltendem Text, einige geschichtlich sehr interessante Fädhlein: die Schlacht von Zürich (1799), Hans Waldmanns Leben und Ende, Napoleon-Erinnerungen, Sabotsburgs letzte Tage usw.

Der Schweizer Bauer, herausgegeben von der ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern (Verbandsdruckerei A. G. Bern), ist illustriert sehr reich ausgestattet. Er bringt Erzählungen von Eugenberger, Gertrud Lütthard, Werner Augsburger, Hedwig Corveon usw. Interessant sind die illustrierten Aufsätze: „Geschichte eines lamadischen Pferdes“ von Max Kauter, „Branntweinung in Ungarn“, „Selbstentzündung des Heustodes“, „Schweiz. Geflügelzucht in Joliffon!“

Der „Almanach Agricole de la Suisse Romande“ (Editions Victor Attinger, Neuchâtel) wendet sich an die Landwirte der weissen Schweiz und enthält vor allem viel praktische Ratsschläge.

Blarer Königs-Kalender ist dieses Jahr eine Jubiläumsausgabe zum 80. Geburtstag des Krätterparrers (Verlag Walter, Olten). Verschiedene Photographien des Pfarrers beleben den lebendig geschriebenen biographischen Aufsatz „Materie Süsses und Saures“ oder „was ein 80jähriger Mann aus vielbewegtem Leben berichtet“. Dieser Volksmann weiß, wie man seine Erinnerungen — und seine Krätter! — an den Mann bringt.

„Stug und Schild“ heißt ein Kalender (Verlag Drell Fädhli, Zürich), der für die schweizerischen Lebensverhältnisse geeignet ist. Interessant sind die preisgekrönten Arbeiten aus einem Wettbewerb für propagandistisch verwerthbare Geschichten über den Augen der Versicherung. Acht schöne farbige Trachtenbilder mit Texten von Julie Peterli beleben das Heft.

#### Wissenschaftliche Nachrichten

Die Schweizer Gruppe der International Law Association trat unter dem Präsidium von Prof. Vorel (Gen) zu ihrer ordentlichen Versammlung zusammen. Zunächst referierte fürsprecher Berner von Steiger (Bern) über die Ergebnisse der Pariser Konferenz der International Law Association (September 1936). Es erwies sich erneut, wie wertvoll gerade in unsern Zeiten, da die Staaten sich immer mehr gegeneinander abschließen, solche Zusammenkünfte sind, an denen Theoretiker und Praktiker des Rechtes und der Wirtschaft immer wieder neue Wege für die Verständigung und praktische Zusammenarbeit zwischen den Völkern suchen. Das speziell die Tätigkeit der Schweizer Gruppe betrifft, so wurde diese von der Konferenz beauftragt, ihre Arbeiten zur Schaffung eines internationalen Anwaltsrechtes, in Zusammenarbeit mit den Gruppen und Fachleuten der andern Länder, fortzusetzen und am dem nächsten, 1938 stattfindenden Kongress der I. L. A. wenn möglich einen Konventionentwurf zu unterbreiten. Hierauf referierte Dr. War Sabati vom Völkerverbundsbüro in Gen über das Problem der Revision des Völkerverbundspaktes. Im allgemeinen geht die Tendenz dahin zu gehen, nicht in erster Linie den Pakt selber zu ändern, sondern Zusatzkommen zu treffen zur Anpassung an die neuen Verhältnisse. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die heutige Völkergemeinschaft eine gewisse Organisation nicht mehr entbehren kann, und daß alles daran gesetzt werden muß, die Genfer Institution, unter An-

leitungen der N. S. D. P., beziehungsweise deren Kreisleitungen, Orts- und Stützpunkte. Landesämter fassen die nationalsozialistischen Organisationen mehrerer Länder zusammen. Das Landesamt 4 umfasst beispielsweise die Schweiz, Italien, Desterreich und Ungarn. Höhesträger der Auslandsorganisations der N. S. D. P. sind der Gauleiter, Landesgruppenleiter, Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Stützpunktleiter. Seit dem Verbot des Landesgruppenleiters und der Kreisleiter in der Schweiz sind somit offiziell als Höhesträger nur Ortsgruppenleiter und Stützpunktleiter tätig. Zum Kreisleiter der Basel wurde z. B. ein gewisser Böhmer ernannt.

wird auf die deutschen Handelskammern und die deutsche Kaufmannschaft genommen.

**Gustloff war für die Schweiz untragbar.**

Die Auslandsorganisation der NSDAP üben eine hochpolitische Tätigkeit aus und greifen ins Wirtschaftsleben der fremden Länder ein. Auch die Schweiz sollte dem deutschen Einfluss unterstellt und unterminiert werden, damit im Falle eines Krieges die deutschsprachigen Gebiete möglichst reich unter deutscher Hoheit zusammengefasst werden könnten. Der Führer selbst hat Gustloff als großen Werdenträger ausgezeichnet und damit bewiesen, dass Gustloff als offizieller Vertreter des Deutschen Reiches in der Schweiz anzusehen war. Gustloff war für unser Land untragbar geworden trotz persönlicher Integrität, die nicht angezweifelt wird.

**Das Berliner Echo**

zu geringen Strafmaß des Anklagevertreters her. Das Verhalten des Angeklagten, namentlich am heutigen Tage, wird als raffinierte, ausgedachte Täuschung hingestellt, um eine Art Seilstrickmanöver vorzutreiben und dadurch statt einem Urteil auf Mord, ein solches auf Totschlag zu erzielen.

In diesem Zusammenhang kommt die „Berliner Börsenzeitung“ noch einmal auf das Gutachten des Dr. Förster zurück und bezeichnet es als einen „platten Standal“.

Dem gegenüber finden wir, wie bereits betont, in zahlreichen großen Provinzialblättern Ansätze zu einer vernünftigeren Urteilsweise. Die Kritik wird hier mit Maß und ohne Selbstüberhebung vorgetragen. Auch fehlen erfreulicherweise die in der Berliner Presse so häufigen Anwürfe gegen die Schweiz. So schreibt z. B. die „Mündener Zeitung“, dass der Wort Gustloffs gerade in der Schweiz geschanden hätte, muss jeden, der auf gute Beziehungen zu diesem Lande Wert legt, mit aufrichtiger Trauer erfüllen.

**Die Volksabstimmungen und Wahlen vom Sonntag**

**Drei Zürcher Vorlagen**

Ag. Nächsten Sonntag findet im Kanton Zürich die Volksabstimmung über zwei Kreditvorlagen und ein Gesetz statt. Die erste Vorlage betrifft die Bewilligung eines Kredites von 1,750,000 Fr. für den Ausbau eines elektrotechnischen und eines chemischen Laboratoriums an den Ostbau des Technitums in Winterthur. Die zweite Kreditvorlage in der Höhe von zwölf Millionen Franken dient der Fortsetzung der in den letzten Jahren nötig gewordenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen, für welche Zwecke das Zürcher Volk schon zweimal je zehn Millionen bewilligt hat.

Deckung ihrer Ausgaben eine Erwerbssteuer. Vom reinen Erwerbseinkommen können die Ledigen 1200 Franken, die Familienhäupter 2000 Franken abziehen, wozu noch für jedes Kind unter 18 Jahren ein Abzug von 300 Franken kommt. Es werden pro Jahr gleich viel Einheiten an Erwerbsteuer erhoben, als Einheiten vom Tausend des Vermögens an Vermögenssteuer erhoben werden. Das Gesetz regelt ferner die Besteuerung gemeinschaftlichen Erwerbs bei Gesellschaften und Vereinen, bei Erbschaften und Familieneinkommen. Bei unrichtiger Besteuerung wird auf sechs Jahre zurück eine Nachsteuer erhoben in der Höhe des dreifachen Betrages der vorenthaltenen Steuer. Das Erwerbsteuergesetz sieht auch die Abänderung des Vermögenssteuergesetzes von 1854 vor. Witwen und erwerbslose Personen können nach Billigkeit Erleichterungen oder gänzliche Entlastung von der Vermögenssteuer erhalten. Der Ertrag der Erwerbsteuer soll in erster Linie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für Krisenhilfe verwendet werden.

**Wahlen in Biel**

Ag. Samstag und Sonntag, den 12. und 13. Dezember, haben die Stimmberechtigten der Stadt Biel den Gemeinderat und den Stadtrat für eine vierjährige Amtsdauer neu zu bestellen. Der Bieler Gemeinderat besteht aus vier ständigen (Direktoren) und fünf nichtständigen Mitgliedern. Dem ständigen Gemeinderat, der auch das Stadtpräsidium in sich schließt, gehören gegenwärtig zwei Sozialdemokraten (Dr. Müller und H. Fawer) und je ein Freisinniger deutscher und welscher Zunge (die Herren Bögli und Bourquin) an. Der bisherige

nichtständige Gemeinderat setzt sich aus drei Sozialdemokraten (die Herren D. Müller, Zell und Lüthi), einem Freisinnigen welscher Zunge (H. Gallay) und einem Vertreter der Bürgerpartei (B.B.B.-P.) zusammen. Für die Wahlen in den ständigen Gemeinderat haben die Sozialdemokraten welscher Zunge einen Sprengkandidaten aufgestellt.

Der 60köpfige Stadtrat besteht gegenwärtig aus 34 Sozialdemokraten (deutsch und welsch), einem Kommunisten, 16 Freisinnigen, deutsch und welsch, sechs Vertretern der Bürgerpartei, zwei Vertretern der Katholisch-Sozialen Partei und einem Vertreter der Republikanischen Partei.

Am Wahlkampf für den Stadtrat beteiligen sich die Sozialdemokraten, die Kommunisten, die Freiwirtschaftler und sämtliche bürgerlichen Parteien, die sich zum Nationaldemokratischen Block Biel zusammenschließen haben und eine gemeinsame Liste einlegen. Im Nationaldemokratischen Block vereinigen sich die Freisinnigen, deutsch und welsch, die Bürgerpartei, die Katholisch-Sozialen Partei, die Republikanische Partei und die Jungliberale Vereinigung.

**Erstes Wochenende in Bern**

**Das Defizit wird nicht kleiner**

Ein großes Budgetdefizit hat die Bundesversammlung am Beginn der ersten Sessionswoche empfunden. Es wurde darüber geschimpft, es wurde gedroht, und die Beschlüsse der ständerrätlichen Finanzkommission stellen eine sensationelle Budgetkrise in Aussicht. Ueberall wurde von Zurückweisung an den Bundesrat gesprochen. Die welschen Föderalisten kämpften kampflustig die Kermel empor und selbst in der Partei der Regierungsmehrheit überhäufte einen Moment die Kritik alles andere. Als es aber im Nationalrat ernst galt, waren die lauten Kriegstrompeten fast durchwegs verstopft. Und als heute morgen der Nationalrat nach Hause ging, waren lauten die Reden verhallt, die einige Millionen Mehrausgaben begehrt hatten. Das viel angefochtene Defizit wird sicher nicht kleiner, denn niemand hat die Zauberformel dafür zu geben vermocht. Aber wenn nicht sämtliche Anträge, über deren Schicksal am Montag entschieden werden dürfte, abgelehnt werden, dann wird der Ständerat am Dienstag vor einem noch größeren Minus stehen, das er freilich nicht annehmen würde. Aber warum ist die Opposition so kleinlaut geworden, warum haben die sieben Liberalen als einzige Fraktion mit einem Rückweisantrag das Fährlein der sieben Aufrechten in den Ratsaal getragen und warum haben die Welschen nur die Faust im Sack gemacht und darauf verzichtet, einen Redner vorzuschicken, dem man mehr glaubt und der auf den Bundesrat stärkeren Eindruck gemacht hätte als Herr Mutsch? Weil sie allesamt nichts darüber zu sagen wußten, wie man es besser machen könnte. Denn der Gemeinplatz von Sparen und Abbau ist kein Vorschlag und mit einem Schlagwort kann kein Budget. Solange man jede Steuer abwälzt, die man selbst zahlen sollte und solange man Opfer nur andern zumutet, für den eigenen Teil aber verweigert, hat man kein Recht zur Kritik. Das hat die Opposition gemerkt und darum ist sie bescheiden und kleinlaut geworden. Einzig Herr Mutsch machte das Bewußtsein, nichts Besseres vorschlagen zu können, keinerlei Sorgen.

Mit ihm ist das politische Temperament durchgegangen und als ihm der Rat durch die Abstimmung eine vernichtende Abfuhr erteilte, machte er die Miene eines fröhlichen Märtyrers zum bösen Spiel. Die Ausschüden der ihm da und dort zugeschriebenen Hoffnung, als Retter des Vaterlandes wieder einmal auf einen der sieben Regierungssessel berufen zu werden, schwinden in solchen Abenteuern dahin und die von ihm dem Bundesrat für die Budgetarbeit erteilte Rote der mangelnden Sincerité fällt auf ihn zurück; so wird überall in den Couloirs versichert. Wie gelangt das Defizit wird bei alledem nicht kleiner und wir wollen am Ende der kommenden Woche mit den Parlamentariern froh sein, wenn das Uebergangsbudget einer Uebergangszeit mit allen momentanen Mängeln unter Dach sein wird.

Im Moment, da man mit der Abwertung Konjunkturpolitik treiben will, darf diese Abwertung nicht durch die Finanzpolitik mit wirtschaftshemmenden Kreditierungen und Neubelastungen durchkreuzt werden. Tritt nämlich die Wirtschaftsebebung im gewünschten Ausmaß ein, wozu der Export allerdings schon vor der Abwertung erfreuliche Anfänge zeigte, dann wird sie sich automatisch auch in den Finanzen aus. Die Einnahmen werden wachsen, die Hilfsaktionen sich teilweise nach und nach erledigen und das Manco von heute könnte — sofern nicht die großen Unbekannten der internationalen Entwicklung allzu störend zurückwirken sollten — durch einen Ueberschuss von morgen ausgeglichen werden. Solche von der Finanzpolitik in gewissen Ländern bewußt unternommenen Spekulationen haben sich z. B. in Schweden bewährt. Ebenfalls darf das Budgetdefizit, wenn wir diese Möglichkeit etwa in Rechnung stellen, nicht kurzerhand als Ausdruck fiederlicher Finanzwirtschaft betrachtet werden, zumal dann nicht, wenn im gleichen Budget Schuldentilgungen von 42 Millionen vorgesehen sind, ohne die sich das Defizit in einen Ueberschuss von 200.000 Franken verwandeln würde.

**Budgetdebatte im Nationalrat**

Dg. Bern, 11. Dezember. (Privattele.)

In der Fortsetzung der Detailberatung der Ausgabenseite des eidgenössischen Voranschlags stellt Kommissionsreferent von Weber (L. L., Schwyz) beim Abschmitt

programmes II eingesezte Summe genügt in keiner Weise, um den in Frage kommenden Vereinen und Verbänden die richtige Weiterführung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Stähli (B. P., Bern) unterstützt den Antrag Schirmer, insbesondere mit Bezug auf die Beiträge an die landwirtschaftlichen Organisationen.

Bratschi (F. J., Bern) legt sich für den Antrag Schirmer vom Standpunkt der Arbeitnehmerverbände ein.

Gadient (Dem., Graubünden) stellt den Antrag, es seien die Budgetposten für „Rindviehzucht“ und „Maßnahmen gegen Schäden, die die landwirtschaftliche Produktion bedrohen“, an Kommission und Bundesrat zurückzuweisen mit dem Antrag, eine Erhöhung dieser Posten so weit vorzuschlagen, daß die Beiträge in gleicher Höhe wie letztes Jahr ausgereicht werden können.

Anker (Dem., Bern) beantragt, den Kredit für „Ferdanzucht“ von 204.000 Fr. auf 280.000 Fr. zu erhöhen, d. h. diesen Posten auf seiner bisherigen Höhe zu belassen. Er hebt dabei die besondere Bedeutung der Pferde für unsere Landesverteidigung hervor.

Geller (B. P., Bern) verlangt die Erhöhung der Beiträge für die Maßnahmen gegen Schäden, die die landwirtschaftliche Produktion bedrohen, von 1,512.000 Fr. auf 1,800.000 Fr.

Hier wird die Sitzung um 9.35 Uhr abgebrochen.

Tagesordnung für Montag 18 Uhr: Voranschlag der Eidgenossenschaft (Fortsetzung); Hilfe für das Schuhmachergewerbe; S. B. Voranschlag.

**Finanzfragen auch im Ständerat**

of. Bern, 11. Dezember. (Privattele.)

Kurz aber millionenschwer ist der Schluß der ersten Sessionswoche im Ständerat. Nach der Bewilligung der Verfassung von Nidwalden besaß sich der Rat mit der II. Serie der Nachtragskredite für 1936. Es referiert Bosset (freis., Waadt), die Gesamtsumme dieser II. Serie beträgt 19.2 Millionen Franken, davon gehen allein 11.6 Mill. Fr. zu Lasten des Volkswirtschaftsdepartements und 4.6 Mill. Fr. zu Lasten von Verzinsung und Amortisation. Das Militärdepartement benötigt nur 300.000 Franken. Der Referent weist auf die gespannte Finanzlage des Bundes hin und erklärt, daß die fortgesetzte Schuldmacherei in Widerspruch mit dem Sparwillen stehe. „Das muß aufhören!“ Der Referent beantragt C. in den mit dem Vorbehalt, daß nur solche Nachtragskredite bewilligt werden,

die undorausschlagbar waren. Stillschweigend wird Eintreten beschloßen.

Stillschweigend werden die Nachtragskredite bewilligt. Präsident Häuser eruchtet den Präsidenten der Finanzkommission, die Vorbereitungen für die Budgetberatung so zu fördern, daß diese am Mittwoch beginnen kann.

Béguin (freis., Neuenburg) wünscht, daß unbedingt das Ordnungsgesetz nach dieser Session verabschiedet werde. Es entsteht eine ziemlich heftige Diskussion, ob die nächste Sitzung am Dienstag 15 oder 18 Uhr beginnen solle. Bosset (freis., Waadt) erklärt, daß die Finanzkommission sich nicht porgewaltigen lasse. Hierauf beschließt der Rat, erst Dienstag 18 Uhr wieder zu tagen.

**Das Gesetz über die Patentpflicht von Gewerben**

stark umstritten. Es regelt das Markt- und Hausierwesen in seinen verschiedenen Formen und enthält auch Bestimmungen über Verfertigerungen, Wanderlager, Verkauf durch Automaten, über das Unterhaltungsgewerbe u. m. Das Gesetz will dem übermäßigen Hausieren wehren durch die Möglichkeit der Beschränkung der Zahl der Hausierer und Ausschaltung persönlich ungeeigneter Leute vom Hausiergewerbe, sowie durch Verhinderung des getarnten Bettels. Auch will es die Ueberschneidung Unerfahrener und Notleidender durch allerlei Agenten und unechte Geschäftspraktiken unterbinden. Hauptzweck des Gesetzes bildet die Neufestsetzung der Hausierpatentarten, die nach Umsatz, Ertrag und Art der feilgebotenen Waren abgestuft sind. Dabei werden hauptsächlich die Magima der einzelnen Gebührenklassen beträchtlich erhöht, wodurch der Straßenhandel durch Großfirmen erfährt werden soll. Durch diese Neufestsetzung werden im besonderen die von der Migros A. G. zu zahlenden Gebühren von 40.000 Fr. auf etwa 160.000 Fr. erhöht, also auf 2 Prozent ihres Umlages. Diese Firma kündigt denn auch in einem Flugblatt an, daß zum Protest gegen das Gesetz die Migroswagen an zwei Tagen vor der Abstimmung nicht fahren werden. Außer der Duttweilergruppe wird das Gesetz von den Sozialdemokraten und Kommunisten bekämpft, und zwar wegen der Erhöhung der Hausiergebühren. Die bürgerlichen Parteien dagegen befürworten das Gesetz als Mittel zur Bekämpfung der Hausiererplage und zur Anpassung der Gebühren für Großunternehmer an die heutigen Verhältnisse.

**Steuerabstimmung in Schwyz**

Ag. Das Gesetz über die Erwerbsteuer, das am 13. Dezember im Kanton Schwyz zur Abstimmung kommt, wurde im Kantonsrat mit allen Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Für das Gesetz treten alle politischen Parteien und wirtschastlichen Gruppen, wie der Gewerbeverband und der Bauernverband, ein. Nach der Vorlage erheben Kantone, Bezirke und Gemeinden außer der Kopf- und Vermögenssteuer zur

**Eidgenossenschaft**

**Die Krisenunterstützung**

Unter dem Vorsitz von Herrn Ständerat Bent und in Anwesenheit von Herrn Bundesrat Uebrecht ist am 9. Dezember 1936 in Bern die ständerrätliche Kommission zur Behandlung der Vorlage über die Krisenunterstützung zusammgetreten. Die Kommission beschloß einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ging alsdann zur Beratung der einzelnen Bestimmungen über.

**Ausdehnung**

der Krisenunterstützung hatte der Nationalrat, in Abänderung des bundesträtlichen Textes, beschloßen, daß die Krisenunterstützung den Arbeitslosen aller Industrien gewährt werden könne, welche von ihrer Arbeitslosenliste ausgeschieden worden sind. Die Kommission des Ständerates beschloß jedoch festhalten am Antrag des Bundesrates, der vorsieht, daß die Krisenunterstützung für die Angehörigen anderer, vom Bundesrate ausdrücklich zu bezeichnender Berufe, nur eingeführt werden darf, sofern sie von ihrer Arbeitslosenliste wiederholt ausgeschieden worden sind.

**90 Tagelöcher**

bezogen haben. Aus der Mitte der Kommission wurde daher darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne Arbeitslosenlisten den statistischen Tagelöcheranspruch nach der Zahl der Mitgliederschaftsahre ablaufen, was zur Folge hat, daß nicht alle Kassemittelglieder 90 Tagelöcher erhalten. Es wurde daher beantragt, daß an Versicherten, die aus diesem Grunde weniger als 90 Tagelöcher bezogen haben, die Krisenunterstützung ausnahmsweise vom 91. Tage an solle verabfolgt werden dürfen. Die Kommission stimmte diesem Antrag zu.

**Kredit**

von maximal 500.000 Franken eingeräumt werde, der es ihm ermöglichen solle, einzelnen, von der Krise besonders schwer betroffenen Arbeitslosenlisten zu Hilfe zu kommen; in Abweichung von dem vom Nationalrat gefassten Beschloßen wurde aber bestimmt, daß diese Beihilfen nicht als fonds perdu, sondern in Form von Darlehen zu gewähren seien.

**Zur Bundesrichterwahl**

Nächste Woche werden wohl nach einem gewissen Austauschsystem die verschiedenen vakanten Bundesrichterliche Besetzung werden. „Für den Fall, daß“ wird von der Gegenseite dieser oder jener Kandidat akzeptiert wobei unter Gegenseite auch noch regionale Gegenseiten zu verstehen sind. Das war schon oft eidgenössische Wahlmasche — aber wie wäre es, wenn diesmal nun einmal etwas Ordnung dadurch in die Sache gebracht würde, daß von einer zentralen, d. h. von keiner Seite zu bekämpfenden Kandidatur aus die Verteilung der übrigen Sitze vorgenommen würde. Und diese zentrale Kandidatur ergäbe sich durch die Nomination von Nat.-Rat Dr. B. E. Scherer. Nicht aus Lokalpatriotismus schreiben wir dies, denn sonst dürften sich 24 weitere Lokalpatriotismen auch melden, und nicht aus Partei egoismus, denn sonst müßten die Basler

Kandidaten diese Kandidatur im Interesse der Erhaltung einer führenden Kraft bekämpfen, sondern ganz einfach weil Dr. B. E. Scherer der nationalrätliche Referent für das revidierte Obligationenrecht (Gesellschaftsrecht) ist, wodurch sich jedermann weitere Ueberlegungen über seine Eignung ersparen kann. Er selbst wird wohl wie schon früher wieder nicht wollen, weil ihm der Rückzug aus der aktiven Politik zu schwer fallen würde, aber die Republik vergibt sich nichts, wenn sie ihre treuen Diener auch einmal zur Annahme einer, allerdings arbeitsreichen, Ehrung nötigt.

**Staatschuhgesetz**

st. Bern, 11. Dezember. (Privattele.) Die ständerrätliche Kommission für das Staatschuhgesetz hielt unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Willi (L. L., Graubünden) am Mittwoch nur eine kurze Sitzung ab, in welcher sie Referate von Bundesrat Baumann und von Bundesanwalt Dr. Stämpfli entgegennahm. Hierauf beschloß die Kommission, sich erst in der kommenden Woche am Dienstag wieder zu versammeln. Der Kommission gehören an die Herren: Altwegg (freis., Thurgau), De Coulon (lib.-kons., Neuenburg), Sten (L. L., Zug), Mercier (freis., Glarus), Piller (L. L., Freiburg), Riva (L. L., Tessin), Schaub (F. J., Baselland) und Weber (B. P., Bern).

**Auslandsschweizerfragen**

Ag. Die parlamentarische Vereinigung für Auslandsschweizerfragen hielt in Bern unter dem Vorsitz von Nationalrat Widmer eine Versammlung ab, zu welcher verschiedene Vertreter der Bundesbehörden, darunter Bundesrat Motta, sowie eine Reihe Parlamentarier erschienen. Die Versammlung behandelte in erster Linie die

**Militärsteuerfrage**

Nationalrat Dr. Rittmeyer erläuterte seine Motion auf Einführung einer Wehrsteuer, die für Auslandsschweizer nicht anwendbar wäre. Weitere Redner äußerten sich aus verfassungsmäßigen Erwägungen gegen eine Ausnahmebehandlung der Auslandsschweizer. Bundesrat Motta trat für eine Entlastung der Auslandsschweizer ein.

Im weiteren Verlauf des Abends orientierte der Leiter des Hilfsbüros für die Schweizerflüchtlinge aus Spanien, C. Siegfried, über die

**Hilfsmasnahmen für die Spanier**

Direktor Dr. Rothmund von der eidgenössischen Fremdenpolizei teilte u. a. mit, daß bis jetzt etwa 100.000 Fr. aus öffentlichen und privaten Mitteln für das Hilfswort zusammengebracht worden seien. Ein Spanierschweizer aus Barcelona orientierte über die Schicksale der Schweizer in Barcelona. Abschließend berichtete die Leitung der Auslandsschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft über ihre Tätigkeit.

